

Medienmitteilung vom 27. September 2022

Prämienanstieg trotz Beplanungspolitik – höchste Zeit für einen Regulierungsstopp zugunsten der Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

Nach Jahrzehnten überhasteter Regulierung unter der Flagge der Kostendämpfung ist das Fazit ernüchternd: Die Prämien werden 2023 stark ansteigen und es mehrten sich die Zeichen einer nahenden Mangellage im Gesundheitswesen. Die Politik der umfassenden Beplanung, der Rationierung und der Verbote sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich der Gesundheitsversorgung hat kaum Erfolge gezeitigt und muss gestoppt werden: Qualität und Wirtschaftlichkeit der medizinischen Leistungserbringung müssen ermöglicht und gefördert werden, wie es das Gesetz seit langen Jahren vorsieht - damit die Gesundheitsversorgung bezahlbar bleibt.

Das EDI und das BAG werden in Kürze die Prämienanpassungen für 2023 verkündigen. Erwartet werden in einem Umfeld von Kaufkraftverlust und Inflation Prämien Schocks von bis zu zehn Prozent. Trotz den zigfachen Regulierungsaktionen stieg die mittlere Krankenkassenprämie pro Person in den zehn Jahren von Bundesrat Berset's Führung des EDI in der Regel um jährlich zwischen 2.75 und etwas über 4 Prozent an. Der Trend zur umfassenden Beplanung der Gesundheitsversorgung, den Bund und Kantone in dieser Zeit mit Steuerungs- und Rationierungsvorlagen befördert haben, führte nicht zu den erhofften Dämpfungseffekten, würgt aber unternehmerische Initiativen zugunsten der Wirtschaftlichkeit und Innovationen zur Qualitätssteigerung ab und produziert Kollateralschäden für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, indem zunehmend Fachkräfte fehlen.

Die Aussichten für Berufsleute im Gesundheitsbereich sind aufgrund der geplanten und bereits eingeführten Restriktionen wenig erfreulich: Ein Berufseinstieg oder der Gang in die Selbständigkeit ist angesichts der bürokratischen Beplanung der Leistungserbringer von hohen Risiken begleitet: Die Attraktivität dieser Berufe sinkt. Vielerorts sind im August 2022 deutlich weniger Eintritte in die Berufslehre zur Fachperson Gesundheit registriert worden, die Pflegeverantwortlichen orten eine Unterversorgung in der Höhe von 2'300 Fachleuten. Spitäler und Arztpraxen weisen vielerorts hunderte offener und nicht besetzbarer Stellen aus. Die Mangellage in einzelnen Fachgebieten ist so dringend, dass das Parlament bereits wieder Ausnahmen von der ambulanten Zulassungssteuerung beschliessen möchte (22.431 Pa.Iv. SGK-N).

ospita fordert einen Regulierungsstopp in der Gesundheitspolitik: Angesichts der stupenden Erfolgslosigkeit des planwirtschaftlichen Wegs der Gesundheitspolitik der letzten Jahre wäre ein Umdenken und ein besonnenes Vorgehen zugunsten von wirtschaftlich günstigen und qualitativ hochstehenden Angeboten dringend angezeigt. Sowohl Volksabstimmungen wie auch aktuelle Umfragen zeigen klar und deutlich: Wichtig ist der Bevölkerung der rasche Zugang zur Qualitätsmedizin und die freie Wahl des Leistungserbringers. Die falsche Methode der Beplanungspolitik von Bund und Kantonen droht aber, wenn der politische Trend weiterbesteht, unbeirrt vorangetrieben zu werden: Die Volksinitiative der Mitte und ihr Gegenvorschlag arbeiten mit Globalbudgets. Die planwirtschaftliche Methode führt nicht zum Ziel: Die Behörden werden nie in der Lage sein, vernünftige Kostenprognosen zu erstellen, wie sogar eine im Auftrag des BAG durchgeführte [KOF-Studie](#) kürzlich aufgezeigt hat.

Not tut vielmehr eine verbindliche Operationalisierung der seit langem im KVG verankerten Grundsätze von "WZW" (Wirksamkeit, Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit) und Qualitätswettbewerb. Diese müssen Bund und Kantone nun endlich an die Hand nehmen.

Auskunft:

Guido Schommer, Generalsekretär ospita, +41 79 300 51 45; guido.schommer@ospita.ch
Beat Walti, Nationalrat, Präsident ospita, +41 79 296 72 25